

Wohin mit Europas Abfall, jetzt da China ihn nicht mehr will?

Die Volksrepublik stoppt den Import von Plastikmüll. Die EU hat jetzt ein grosses Problem. Doch auch die Schweiz ist betroffen.



Müllhalde in der Provinz Hubei: In China lebt vor allem die Landbevölkerung vom Ausschichten des Schrotts. Foto: Getty Images

Christoph Giesen

Michael Baumüller

Rita Flubacher
Redaktorin Wirtschaft
[@tagesanzeiger](#)

Aktualisiert vor 11
Minuten

Facebook 15

Twitter 9

Senden 57

Kommentare 18

Feedback

Tragen Sie
mit [Hinweisen](#) zu
diesem Artikel bei oder
melden Sie uns [Fehler](#).

Wie ein globaler Kreislauf aus immer mehr Waren und immer mehr Abfall aussehen kann, lässt sich an jedem grösseren Hafen Westeuropas beobachten. Viele der ankommenden Container sind voll von Turnschuhen, Fleecejacken, Brillengestellen – fast alles stammt aus China. Ist die Ladung gelöscht, werden neue Container an Bord verstaut. Sie sind vollgefüllt mit Plastikabfall. Das Verschiffen des Mülls lohnt sich, denn die Frachtraten nach Asien sind günstig – und zurück nach China müssen die Container ohnehin. Was einst als Verpackung oder Plastikspielzeug in Europa ankam, oftmals aus Asien, findet so seinen Weg zurück. Damit ist es jetzt vorbei.

Zur Jahreswende hat die Regierung in Peking den Import von Altplastik gestoppt. Das hat globale Folgen: Die Volksrepublik produziert mehr Plastik als jedes andere Land der Erde, doch jetzt will es von dem Abfall aus aller Welt nichts mehr wissen, jedenfalls nicht in der bisherigen, oftmals schlechten Qualität. Europa hat nun ein grosses Müllproblem.

Die Schweiz verbraucht etwa eine
Million Tonnen Kunststoff pro Jahr.
780'000 Tonnen enden als Abfall.

Bis vor kurzem galt China als zuverlässiger Abnehmer von Altkunststoff. Der Weg nach Fernost läuft dabei über mehrere Stationen: Erst landet der Abfall in speziellen Säcken, wird eingesammelt und rattert auf Fließbändern durch Sortieranlagen. Am Ende wird der sortierte Müll gepresst oder zu Granulat verarbeitet, aus dem neuer Kunststoff entsteht.

2016 kaufte die Volksrepublik weltweit 7,3 Millionen Tonnen solcher Abfälle zusammen. Aus Deutschland gingen 1,5 Millionen Tonnen nach China und Hongkong. Das ist mehr als die Hälfte der Gesamtmenge, die bei unserem nördlichen Nachbarn anfällt.

Darunter befindet sich auch Abfall aus der Schweiz. Wie gross die Menge ist, weiss niemand genau. Jährlich wird hierzulande etwa eine Million Tonnen Kunststoff verbraucht. 780'000 Tonnen enden als Abfall. Davon wiederum werden nur rund 10 Prozent recycelt. Es handelt sich dabei vorwiegend um PET-Flaschen und PE-Plastikflaschen. Der grosse Rest wird als Abfall in Kehrrichtverwertungsanlagen und in Zementwerken energetisch verwertet.

Deutschlands gute Absichten

Anders läuft es in Deutschland ab. Das Recycling von Kunststoffen soll in den kommenden Jahren kontinuierlich zunehmen. Derzeit müssen 36 Prozent der Plastikabfälle wiederverwertet werden, bis 2022 soll der Anteil auf 63 Prozent ansteigen. Parallel dazu arbeitet die EU an einem neuen Paket für die Kreislaufwirtschaft und verfolgt dabei das Ziel, mehr Abfall wiederzuverwerten. Was in Deutschland die «gelbe Tonne» oder «gelber Sack» genannt wird, mit dem die Konsumenten ihren Plastikabfall entsorgen, heisst in der Schweiz «Kuh-Bag» oder «Sammelsack». Vor allem in der Ostschweiz wollen seit einiger Zeit Zweckverbände und private Entsorgungsunternehmen das Recycling von Plastikabfällen ankurbeln.

Fachleute sind allerdings skeptisch. Eine Studie des Basler Beratungsunternehmens Carbotech und der Hochschule für Technik Rapperswil im Auftrag von acht Kantonen, verschiedenen Verbänden und dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) hat im letzten Jahr nachgewiesen, dass nur ein Bruchteil dieser Plastikabfälle später für die Herstellung neuer Produkte verwendet wird. Ein wesentlicher Teil wird verbrannt oder nach Deutschland weitergeschoben – und landet dann wiederum in China.

Mehr nicht rezyklierbares Material fällt an

Patrik Geisselhardt, Geschäftsführer von Swiss Recycling, warnt davor, dass die Schweiz dieselben Fehler wie Deutschland begeht, «indem wir undifferenziert Kunststoff separat sammeln und dann irgendwie verwerten beziehungsweise exportieren». Ein grosser Teil der Kunststoffverpackungen aus Haushalten lasse sich heute nicht sinnvoll stofflich verwerten.

Rainer Bunge, Professor für Umwelttechnik an der Hochschule Rapperswil und Mitautor der erwähnten Studie, warnt ebenfalls. Je mehr Plastikabfall gesammelt werde, desto mehr falle nicht rezyklierbares Material an. «Der ökologische Nutzen von zusätzlichen Kunststoffsammlungen ist gegenüber der heutigen Situation vergleichsweise gering und hat seinen Preis», heisst es in der von Bunge mitverfassten Studie.

24 Sorten von Müll

Und nun will auch China nicht mehr mitspielen. Der Einfuhrstopp gilt zunächst für unsortierte Abfälle. Voraussichtlich ab März trifft es auch die sortierten Abfälle. Das Verdikt trifft die Recyclingbranche nicht unvorbereitet. Bereits Ende Juli hatte das Umweltministerium in Peking diesen Schritt angedroht. Die Regierung habe die Welthandelsorganisation unterrichtet, dass bald 24 Sorten von Müll nicht mehr eingeführt werden dürften, darunter Elektroschrott, Altpapier und Plastikmüll. Einige skrupellose Händler hätten illegal «ausländischen Müll» importiert. «Das hat zu ernsthaften Umweltproblemen geführt», so das Umweltministerium.

Das hängt auch mit den alten Elektrogeräten zusammen, die China bis jetzt importiert hat. Ganze Landstriche in der Volksrepublik leben vom Ausschachten des Schrotts. Gearbeitet wird meist unter schlimmen Bedingungen. In Guiyu etwa, einer Stadt in Südchina, in der besonders viele Geräte ausgenommen werden, konnten Ärzte bei 80 Prozent der untersuchten Kinder extrem hohe Konzentrationen an Blei im Blut nachweisen. Was sich nicht wiederverwerten lässt, landet oft in Flüssen, auf Äckern und schliesslich auf dem Teller. Die kauffreudige Mittelschicht in den grossen Städten fordert allerdings immer lauter bessere Luft und unbelastete Nahrung. Die Regierung in Peking beginnt deshalb zu handeln – mit allen Konsequenzen für den Rest der Welt.

(Tages-Anzeiger)

Erstellt: 03.01.2018, 20:26 Uhr